

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen
Union Deutschlands

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt a.M., Bettinastr. 64, Tel.: 77178/77906
Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung
Postscheckkonto: Frankfurt a.M. 39967 - Bankkonto: Hessische Bank, Frank-
furt a.M. 125739 beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 93, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a.M., 17. Mai 1949

Seite 1

CDU Hessen zur Entscheidung für Bonn.

Aus der Union

Der Landesvorstand der CDU Hessen hat zur Entscheidung des Parla-
mentarischen Rates über die Wahl der Stadt Bonn als provisorischen Sitz der
Bundesorgane folgende Erklärung abgegeben:

"Die CDU Hessen sieht die Entscheidung des Parlamentarischen Rates, die
Stadt Bonn zum provisorischen Sitz der Bundesorgane zu wählen, als eine
politische, finanzielle und organisatorische Fehlentscheidung an, die
keine letzte und endgültige sein kann.

Die bereits im Frankfurter Raum vorgenommenen Investitionen für Verwal-
tungsgebäude und Wohnungen können aus Gründen der Verantwortung ^{vor} dem Vol-
ke angesichts unserer Notlage nicht noch einmal an anderer Stelle erfol-
gen. Die CDU Hessen weiss auf Grund ihrer Ortskenntnis, dass die im Zug
des bizonalen Bauprogramms erstellten Büro- und Wohnräume im Frankfurter
Raum für die Zwecke der künftigen Bundesorgane völlig ausreichend sind.
Der Parlamentarische Rat hätte aus diesen sachlichen Gründen ohne Rück-
sicht auf irgendwelche Erklärungen von Herrn Dr. Schumacher, die grund-
sätzlich ohne Einfluss auf die Sachentscheidungen der CDU sein müssen,
zu keinem anderen Ergebnis kommen dürfen.

Die CDU Hessens lehnt es ab, aus der Erklärung Dr. Schumachers, des Vor-
sitzenden der SPD, irgendwelche Folgerungen bezüglich ihrer
sachlichen Stellungnahme zu der Wahl der Stadt Bonn als vorläufigen Sitz
der Bundesorgane zu ziehen. Sie bedauert, dass durch derartige Erklä-
rungen eine Frage, die allein aus sachlichen Gesichtspunkten hätte ent-
schieden werden sollen, zwischen den grossen Parteien zu einer politi-
schen Prestige-Frage gemacht wurde.

Die CDU Hessen erwartet, dass dieser vorläufige Beschluss durch einen
endgültigen Beschluss der vorstehenden sachlichen Erwägungen revidiert
wird." auf Grund

System "Möwenhaus".

Aus den Parteien

Einen besonders krassen Fall sozialdemokratischer Grossmannssucht hat
sich die SPD-Regierung Lüdemann von Schleswig-Holstein geleistet. Es
handelt sich um die Errichtung des Gästehauses "Möwe", das die Regie-
rung Lüdemann mit einem Kostenaufwand von annähernd 500 000 DM am Kie-
ler Fördeufer hat errichten lassen. Die Repräsentationssucht, die einem
Ministerpräsidenten schlecht zu Gesicht steht, der seit Monaten landauf-
landab um Unterstützung für die von seinem Lande aufzuwendenden Flücht-
lingslasten bittet, der die bizonalen Verwaltungen aller Fakultäten
mit entsprechenden Anträgen bombardiert und der den Religionsunterricht
an den Schulen streichen muss, um die nötigen Einsparungen vorzunehmen
- diese Repräsentationssucht ist ein Faustschlag in das Gesicht von Mil-
lionen Heimatvertriebenen, die gerade in Schleswig-Holstein einen uner-
hörten Kampf um die einfachsten Existenzmittel führen müssen. Geradezu

skandalös wird die Affäre um das Lüdemannsche Möwenhaus, wenn man erfährt, dass mit diesem Bauwerk dem Lüdemannschen Schwiegersohn eine Gelegenheit in die Hand gespielt wurde, seinen Geschmack für Möbelbeschaffungen unter Beweis zu stellen. Die Regierung Lüdemann hat mit ihrem Güsthaus mehr als deutlich bewiesen, wie gross die Kluft zwischen Theorie und Praxis der Sozialdemokraten ist. Dass den Genossen um Lüdemann selber nicht ganz wohl ist, mit ihrem Hang zum Totalitären und mit ihren neuen Kreisleiter-Allüren, ist begreiflich. Die SPD-Fraktion im Landtag hat, um der ganzen Sache das Mäntelchen der Harmlosigkeit umzuhängen, in aller Eile einen Untersuchungsausschuss beantragt. Es bedarf keines besonderen Hinweises, dass die CDU-Fraktion zu dem System "Möwenhaus" noch ein Wörtchen zu sagen hat.

CDU-Leute in die Betriebsräte.

Sozialpolitik

Der sozialpolitische Landesausschuss der CDU Badens richtet anlässlich der bevorstehenden badischen Betriebsrätewahlen an die Freunde in Stadt und Land den Appell, sich nicht feige der Verantwortung zu entziehen, wenn es gilt, die Berufskollegen zu vertreten. Die Aufgabe der nächsten Wochen heisse demnach "in jedem Betrieb ein Betriebsrat, und in jedem Betriebsrat Leute von uns"! An alle werktätigen Unionsfreunde geht der Aufruf, dafür zu sorgen, dass Vertreter der CDU bei den Betriebsratswahlvorschlägen berücksichtigt werden.

Der Groschen ist gefallen.

Innenpolitik

Es hat lange gedauert, bis auch dem bayerischen Generalanwalt für Wiedergutmachung, Dr. Auerbach, die Augen aufgegangen sind. Die Vorgänge bei der Einweihung des Ehrenmals der Verfolgten des Naziregimes in Hamburg hat auch den erklärten Vertreter der VVN darüber belehrt, welche geistigen Führungskräfte in dieser Organisation tätig sind. Dr. Auerbach, der sich als Sozialdemokrat vor noch nicht allzu langer Zeit gegen den Austrittsbeschluss des Parteivorstandes der SPD zur Wehr setzte, hat nunmehr seine Ämter zur Verfügung gestellt.

Die CDU spricht über Berlin.

Aus der Union

Unter diesem Kennwort veranstaltet die Berliner CDU aus Anlass der Blockadeaufhebung und der bevorstehenden Pariser Viermächte-Besprechung in dieser Woche eine Reihe grosser öffentlicher Kundgebungen, auf denen führende Berliner CDU-Politiker zu den deutschen Forderungen an die Aussenministerkonferenz sprechen werden.

Saar-Kolonie.

Innenpolitik

Ein soeben in Paris erschienener Spezialkatalog für französische Briefmarken rangiert das Saargebiet mit der Bezeichnung "sarre" unter die französischen Kolonien ein.

Redeverbot für emigrierende Minister.

Dem Brandenburger Arbeits- und Sozialminister Fritz Schwob (Ost-CDU) wurde von den Sowjets verboten, Reden zu halten. Er hatte in Cottbus in einer Versammlung die Maschinen-Ausleihstationen, die jetzt überall in der Ostzone unter SED-Regie eingerichtet wurden, als Beginn der

Kolchosenwirtschaft bezeichnet und gewisse Erscheinungen der Volksdemokratie kritisiert.

Eine Fehlentscheidung.

Kulturpolitik

Der Verwaltungsrat des Goethe-Preises in Frankfurt hat beschlossen, den Goethe-Preis für 1949 Thomas Mann zu verleihen. Nicht gegen Thomas Mann! Immer wird er einer der gepflegtesten, einer der geistvollsten deutschen Schriftsteller sein. Aber da er ^{um} unser in tiefster Not erstarrtes Land mehrfach freundlichst herumreiste, statt mitten in sein Herz zu gehen, wird niemand sich wundern, wenn dies Herz ihm nicht mehr gehört.

Deutschland hat eine Reihe führender literarischer Persönlichkeiten, die, ohne vom Hitlerregime auch nur entfernt kompromittiert zu sein, Last und Leid des Volkes mitgetragen, der Widerstandsbewegung ihre besten Kräfte hingegeben und die ersten schweren Jahre nach dem Zusammenbruch mit uns überwunden haben. Einem von ihnen - es sind auch Frauen darunter - hätte der Goethe-Preis gebührt. Dem Volk in seiner Breite wird die Frankfurter Entscheidung unbegreiflich bleiben.

Terminkalender.

Am 17. Mai spricht der Präsident des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer, im Rahmen des "Akademischen Tages" in der alten Aula der Universität Heidelberg über aktuelle Fragen der deutschen Politik.

Der Landesvorsitzende der CSU, Dr. Josef Müller, reist am 18. Mai nach Wien, um an einer Bundestagung der österreichischen Volkspartei (Ö.V.P.) teilzunehmen. Durch seinen Besuch will Dr. Müller einen engeren Kontakt zwischen der CSU und der ÖVP herstellen.

Die seit längerer Zeit in Aussicht genommene Landesversammlung der CSU ist nunmehr für den 26./28. Mai in Straubing vorgesehen. Auf der Tagesordnung stehen an erster Stelle "Stellungnahme zu Bonn" und "Aussprache über die Politik der CSU". Die Wahl des Landesvorsitzenden steht an dritter Stelle. Der Bezirksverband München hat beantragt, die Wahl des Landesvorsitzenden als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastrasse 64
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US-W-2065
Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., IV/49/600
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
